

Wer entscheidet wirklich?

Von Nathalie Wimmer

In Brüssel und Straßburg bestimmen 754 Abgeordnete aus 27 Mitgliedstaaten über Maßnahmen, die 500 Millionen EU-Bürger betreffen. Aber wer besetzt die Schlüsselpositionen, um Entscheidungsprozesse frühzeitig zu beeinflussen? Lobbyisten, lautet die Antwort von Pia Eberhardt, die für die Lobby-Watchdog-Organisation CEO arbeitet.

Ein Koffer voller Geldnoten wechselt in der schummrigen Restaurantdecke nach fulminantem Sieben-Gänge-Menü seinen Besitzer: So stellt man sich die Einflussnahme auf Politiker vor.

Die Wirklichkeit sieht anders aus. „Essen und Geld spielen gar keine so große Rolle, wie man vielleicht denkt“, erklärt Pia Eberhardt. Sie arbeitet seit fünf Jahren für die Organisation CEO - Corporate Europe Observatory. Ihre Aufgabe: Sie und die 14 Kollegen recherchieren und veröffentlichen zum Thema EU-Politikbeeinflussung. Und diese fällt ihrer Meinung nach nicht zu knapp aus. „Brüssel ist kein Marktplatz der guten Ideen, wo jeder sich etwas ausdenkt und der beste Gedanke sich am Ende durchsetzt. Hier spielen andere Kräfte eine wichtige Rolle“, ist sie überzeugt. Gemeint sind Lobbyisten, wirtschaftsnahe Kampagnenmacher und Profi-PR-Agenturen, die alles daran setzen, ihre bzw. die Positionen ihrer reichen Auftraggeber durchzusetzen. Information und Öffentlichkeitsarbeit lauten die Schlachtrufe.

Die genaue Zahl der Lobbyisten, die in Brüssel Einfluss auf die EU-Institutionen nehmen, ist nicht bekannt. In Europa gibt es nämlich, anders als in den USA, kein umfassendes „Lobbyregister“. In den Vereinigten Staaten muss sich jeder registrieren lassen, der mit „Abgeordneten und Verwaltungsangestellten gleich welche Art der Kommunikation aufnimmt, die die Beeinflussung von Gesetzen zum Ziel hat.“ Nicht-Registrierung oder unzureichende Informationsweitergabe können mit Geld- und sogar Haftstrafen geahndet werden. In Europa hingegen gibt es lediglich ein „Register der Interessenvertreter“. Der Eintrag ist allerdings nicht verpflichtend, was erklärt, weshalb nur 3.924 Lobbyorganisationen und Unternehmen gemeldet sind (Stand 2011). „Anzunehmen ist allerdings, dass zwischen 15.000 und 30.000 Lobbyakteure in Brüssel die Strippen ziehen“, so Pia Eberhardt. Etwa 70 Prozent davon vertreten die Kapitalseite und arbeiten somit für Unternehmen und Wirtschaftsverbände. 20 Prozent arbeiten für Städte oder Staaten und nur zehn Prozent der Lobbyarbeit liegt in den Händen von Umweltakteuren, Menschenrechtsorganisationen, Frauengruppen, Gewerkschaften und Ähnlichem. Diese prozentuale Aufteilung sage alles über das Kräfteverhältnis aus und spiegele



sich später auch in den verabschiedeten Gesetzen wider. „Was hier geschieht, ist politische Beeinflussung für Geld - und wer mehr davon hat, dem stehen mehr Kanäle offen. Dieses Ungleichgewicht der Einflussnahme ist ein großes Problem für die Demokratie“, so die 34-jährige Politikwissenschaftlerin. Auch der ostbelgische EU-Parlamentarier Mathieu Grosch erklärt, dass die Großindustrie viel geschlossener auftritt als mittelständige Vereinigungen. „Das mache ich keinem zum Vorwurf. Aber es wäre sehr wichtig die Stimme der mittelständischen Unternehmen zu verstärken. Natürlich ist das in erster Linie eine Frage der Ressourcen. Es müssten Leute freigestellt werden und das kann man sich in dem Bereich nicht leisten. Eine länderübergreifende strukturelle Vernetzung wäre ein Ansatz zur Veränderung.“

Große Unternehmen haben indes ihre eigenen Lobbyisten. Es gibt aber auch professionelle Lobbybüros, deren Dienste man kaufen kann. Sie stricken dann Kampagnen, arrangieren Treffen mit Abgeordneten oder erstellen PR-Unterlagen. So kommt es beispielsweise nicht selten vor, dass den Abgeordneten „Abstimmungs-Empfehlungen“ zugesandt werden. Den Parlamentariern wird dabei ganz klar erklärt, wann und wie sie zu entscheiden haben. 2010 machte der schwedische Abgeordnete Carl Schlyter (Grüne/EFA) eine solche Praxis publik, als es um die Ampel-Kennzeichnung für Lebensmittel ging. Interessenverbände und Firmen aus der Lebensmittelindustrie richteten sich per schriftliche Abstimmungsaufforderung mit der dringenden Bitte an die Abgeordneten, die Lebensmittelampel zu stoppen - was auch geschehen ist. Carl Schlyter sprach damals von einer der größten „Lobby-Schlachten“ der vergangenen Jahre. Mathieu Grosch bestätigt, dass solche Vorgehensweisen üblich seien, relativiert aber gleichzeitig: „Wir bekommen fast täglich Briefe mit Bitten, Empfehlungen oder Hinweisen. Ich sehe kein Problem darin. Manchmal wird man so auf eine bestehende Problematik aufmerksam gemacht. Allerdings ist es wichtig, kritisch zu bleiben und letztendlich eine eigenständige Entscheidung zu treffen.“ Wie viele Parlamentarier den Abstimmungsempfehlungen der Lobbyisten bedenkenlos folgen, ist nicht nachvollziehbar. Eine deutlichere Nachverfolgung gibt es bei der Einbringung von Änderungsvorschlägen. Dass Abschreiben nicht nur in der Schule ein Thema ist, dürfte spätestens seit den Affären um zu Guttenberg, Schavan & Co. klar sein. Aber auch auf EU-Ebene wird ungeniert abgekupfert. Die Plattform Lobbyplag.eu verdeutlicht seit neuestem, wo Abgeordnete die Vorschläge von Lobbyisten manchmal sogar eins zu eins in ihre Anträge übernommen haben. „Mir ist klar, dass hier tagtäglich über einen Wust von Themen entschieden wird. Es ist fast unmöglich, sich über alles intensiv zu informieren. Die eigentliche Entscheidung Schattenmännern im Hintergrund zu überlassen und deren Vorschläge unkritisch zu übernehmen, geht aber nicht an“, so Pia Eberhardt.

Sie fordert außerdem eine Gesetzgebung, die den „Drehtür-Effekt“ reguliert. Gemeint ist die Tatsache, dass EU-Kommissare nachher auf die Seite der Lobbyisten wechseln. Fünf von 13 EU-Kommissaren haben nach der letzten Amtsperiode (2004-2009) den Sprung in die Privatwirtschaft problemlos hingelegt. Vor allem aber auch Mitarbeiter von europäischen Behörden und Abgeordnete schlagen sich oft auf die Seite der Lobbyisten. Auch prominente belgische Fälle hat es in den letzten Jahren gegeben. Jean De Ruyt, vormals ständiger Vertreter Belgiens bei der EU, ist nun in einer bekannten Kanzlei „EU-Politikberater“ angestellt. Im Klartext: Er macht Lobbyarbeit. Seine Kollegin Suzy Renckens ist von der Abteilungsleiterin des Bereichs Gentechnik der EFSA (Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit) zur Lobbyistin für das Gentechnik-Unternehmen Syngenta geworden. Diese beiden und zahlreiche andere stellen ihr Wissen und ihre Kontakte nun für teures Geld den Unternehmen zur Verfügung, deren Arbeitsbereiche sie vorab reglementieren sollten. Ebenso paradox läuft es laut Pia Eberhardt in den Expertengruppen ab. Diese Gremien werden zu Beginn eines politischen Prozesses von der Kommission eingesetzt. Ihnen fällt eine beratende Funktion zu. Das nimmt aber manchmal perverse Ausmaße an, wie Pia Eberhardt erläutert: „Die Expertengruppe, die

beispielsweise den Finanzsektor reglementieren soll, besteht zu drei Viertel aus Vertretern aus eben diesem Bereich. Das erklärt die Deregulierung, die wir durch die Krise zu spüren bekommen haben.“ Das Problem sei, dass die Expertise tatsächlich in vielen Bereichen aus dem Bereich selber komme. Pharma- , Nahrungsmittelindustrie oder das Bankenwesen haben oftmals einen großen Wissensvorsprung auf unabhängige Forschungseinrichtungen. Daher sei eine hauseigene Expertise in Kommission und Parlament sehr wichtig und müsse finanziell stärker gefördert werden. Auch die Privatisierung der Universitäten sieht sie in diesem Kontext sehr skeptisch.

Pia Eberhardt und ihre Mitstreiter machen sich vor allem stark für mehr Transparenz und Regulierung in der Lobbypolitik. Die Kölnerin ruft aber auch zu mehr Bürgerbeteiligung auf. „Ist es wirklich so schlimm um die Europäische Union bestellt? Ja! Es ist ein politisches System, das durchaus große Probleme hat. Dem Lobbyismus wird eine zu große Rolle zugestanden. Die Kapitaleseite hat dabei ein Übergewicht, das den anderen Bewegungen zu wenig Raum lässt. Eine Veränderung dieser Situation wird nur schleichend eintreten. Vor allem aber auch nur, wenn sich mehr Menschen für die EU interessieren. Europa funktioniert nur mit den Bürgern. Denn was hier entschieden wird, scheint vielleicht auf den ersten Blick abstrakt, aber eigentlich geht es um Dinge, die uns im alltäglichen Leben betreffen. Und wir dürfen auch keine Angst haben, Kritik zu äußern - progressive Kritik. Es ist unser Europa.“

19.04.2013